Kleine Anfrage

des Abg. Sandro Scheer AfD

(Ehemaliger) Verein Sompon Socialservices e. V. mit Sitz in Esslingen und Göppingen

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Fördermittel des Landes in welcher Höhe und wofür hat Sompon Socialservices e. V. seit seinem Bestehen für welche Projekte oder Dienstleistungen erhalten?
2. Welche Fördermittel oder Co-Fördermittel des zuständigen Landkreises und der örtlichen Kommunen hat Sompon Socialservices e. V. seit Bestehen nach ihrer Kenntnis erhalten?
3. Ist es zutreffend, dass auch der Ehemann und ein weiterer Familienangehöriger von dem Verein beschäftigt worden sind, ggf. wie lange?
4. Ist es zutreffend, dass gegen Verantwortliche des Vereins Strafverfahren in Zusammenhang mit der Verwendung der öffentlichen Mittel eingeleitet worden sind?
5. Wann wurden welche Verwendungsnachweise über die Verwendung von Landes-Fördermitteln oder von Zuschüssen durch das Sozial- oder Finanzministerium überprüft?
6. Bestanden vor der Auflösung des Vereins noch Forderungen des Landes in ggf. welcher Höhe gegen den Verein?
7. Falls Frage 8 bejaht wird, hat das Land – ggf. wann und wie viele – Fördermittel vom Verein vor Einleitung des Insolvenzverfahrens zurückgefordert oder für das Insolvenzverfahren angemeldet?
8. Hat das Land oder hat das Sozialministerium die Tätigkeit des Vereins in welcher Weise beanstandet?
9. Wer folgt dem Verein als zentrale Anlaufstelle für von Female Genital Mulitiation/Cutting betroffene Frauen nach?

8.5.2025

Scheer AfD

Begründung

Durch Beschluss des Amtsgerichts Esslingen vom 27. Februar 2025 (16 IN 7/25) wurde über das Vermögen des Vereins „Sompon Socialservices e. V.“ das Insolvenzverfahren eröffnet und der Verein dadurch aufgelöst.

Der Verein bot eine Migrationsberatungsstelle, „rassismuskritische“ und interkulturelle Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Unterstützung für zugewanderte Eltern und Kinder im Schulsystem und einige andere Angebote für Migranten aus Afrika.

Zeitweise sollen bis zu 8 Personen beschäftigt worden sein.

Der Verein bestand einige Jahre und erhielt für eine unbekannte Zeit staatliche und kommunale Fördermittel, so zum Beispiel 24 390 Euro im April 2022 vom Landes-Sozialministerium, sowie ca. im März 2023 von dort nochmals 250 000 Euro als zentrale baden-württembergische Anlaufstelle für von Genitalverstümmelung bedrohte oder betroffene Frauen, „FGM/C“, und zwar für eine zweijährige Modellphase.